

LEITARTIKEL

Der Disput geht weiter

Nach der Einigung im Haushaltsstreit muss Kanzler Scholz die Ampel-Koalition auf Kurs halten

Die SPD hat Kampfeslust beim Kanzler bestellt und sie in der Generalaussprache über den Bundeshaushalt tatsächlich bekommen. Kein gewohnt nüchternes Ablesen des Manuskripts mit Tunnelblick, sondern plötzlich eine freie, emotionale Rede mit Attacke gegen Oppositionsführer Friedrich Merz. Selten hat Olaf Scholz derart leidenschaftlich Klar-text gesprochen.

Doch das ist zunächst nicht mehr als eine Momentaufnahme. Wenn es nach der Zeitenwende so etwas wie eine Kanzlerwende geben soll, braucht Scholz nicht bloß den Rückhalt seiner Partei, sondern den der ganzen Ampel. Und das wird mehr bedürfen als einer guten Rede im Bundestag. Das Bündnis kommt nur aus seinem selbst geschaukelten Abgrund wieder empor, wenn zwei Dinge von nun an gelingen: dem anderen etwas gönnen können und bürgernah regieren.

Dieser Regierung misstrauen nicht nur viele Menschen im Land, sondern auch Mitglieder der Koalition

Zu letzterem gehört auch, Entscheidungen zu erklären und die Menschen auf Veränderungen einzustimmen. Nicht wie nach dem Haushaltsurteil erst keine Einigung zustande kriegten und dann ohne Vorwarnung hart bei den Bauern kürzen. Und auch nicht wie beim Heizungsgesetz: Den Grünen gehen die Pferde durch und statt sie schnell wieder einzufangen, schütteln FDP wie SPD den Kopf darüber, wie einem die Zügel so aus der Hand gleiten können. Am Ende glaubten Bürgerinnen und Bürger allen drei Parteien nicht mehr, die Lage noch im Griff zu haben.

Den Haushalt 2024 hat die Ampel nach dem Urteil aus Karlsruhe jetzt mit Hängen und Würgen aufgestellt. Der nächste Test wird die Unterstützung für Kiew und die Frage, ob die Schuldenbremse ausgesetzt werden muss, um so viel Hilfe zu leisten, dass

die Freiheit gegen Russland in der Ukraine, aber auch in Europa und Deutschland verteidigt werden kann.

Scholz irrt, wenn er glaubt, die Knoten der Ampel durchzuschlagen. Auch wenn der Haushalt

steht, die Atomkraftwerke abgeschaltet sind, die Energiewende an Fahrt aufnimmt und Bürgergeld und Mindestlohn erhöht sind – dieser Regierung misstrauen nicht nur viele Menschen im Land, sondern auch Mitglieder der Koalition. Und es geht mit dem Schlagabtausch doch schon weiter. Klimageld, Kinderfreibetrag, Taurus-Marschflugkörper. Die Ampel müsste sich ins gemeinsame Gelingen verlieben, anstatt den eigenen Vorteil im Nachteil des anderen zu suchen. Wie soll ein Land in diesen Krisen zusammenhalten, wenn die eigene Regierung von Zusammenhalt selbst keine Ahnung hat?

Zu Friedrich Merz: Die Generalaussprache über den Bundeshaushalt ist die Königsdisziplin des Parlaments. Wer hier austeilt, muss gut vorbereitet sein, um kein Eigentor zu kassieren. Merz macht Punkte mit seinen gut vorgetragenen, wenn auch nicht neuen Ideen, wie er das Land regieren würde: mehr Härte gegen Bürgergeldempfänger, weniger Sozialpolitik, mehr Industriepolitik, stärkere Förderung der Leistungsbereitschaft, enge Abstimmung mit Frankreich, schärfere Migrationspolitik.

Und dann unterläuft ihm der Fehler, ein angebliches Versagen der Regierung zu kritisieren und etwas zu fordern, was gerade beschlossen wurde: die Bezahlkarte für Asylbewerber. Merz hatte die Einigung, an der CDU-Ministerpräsidenten beteiligt sind, nicht mitbekommen. So schwächt man als Oppositionsführer seine Position.

Eines aber ist sowohl Merz als auch Scholz eindrucksvoll gelungen. Sie haben von der berührenden Gedenkstunde für die Millionen Opfer des Nationalsozialismus einfühlsam übergeleitet zur Auseinandersetzung über die aktuelle Politik. Beide haben in ihren Reden mehr Raum als sonst gelassen, die AfD scharf ins Visier zu nehmen und sie direkt als Demokratiefeinde anzusprechen. Endlich.

KOMMENTAR

Die Vorteile überwiegen

NRW führt Bezahlkarte für Geflüchtete ein

Als Symbolpolitik kritisieren Gegner die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete, auf die sich Ministerpräsidentinnen und -präsidenten von 14 Bundesländern geeinigt haben. Asylbewerber sollen demnach einen Teil der ihnen zustehenden Leistungen als Guthaben auf der Karte statt per Bargeldauszahlung erhalten.

In der Tat wäre die Einführung ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn es nur darum ginge, unerlaubte Mig-

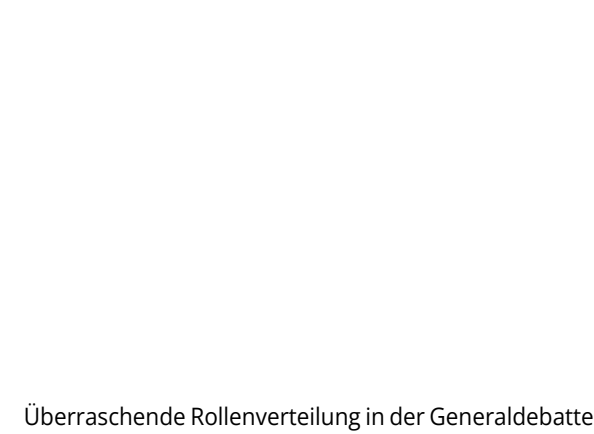
Der missbräuchliche Umgang mit Sozialleistungen wird erheblich erschwert

ration zu stoppen. Führende Wissenschaftler sind sich seit Jahren darüber einig, dass Sozialleistungen kein entscheidender Pull-Faktor für Geflüchtete sind. Um unerlaubte Migration zu unterbinden, braucht es effektivere Lösungen.

Dennoch bietet die Bezahlkarte Vorteile, die gegenüber den Beden-

ken überwiegen. So wird Beziehen von Sozialleistungen die Möglichkeit genommen, Geld aus der staatlichen Unterstützung an Angehörige oder Freunde im Ausland zu überweisen. Auch Karte-zu-Karte-Überweisungen sollen nicht möglich sein. Der missbräuchliche Umgang mit Sozialleistungen, darunter auch mögliche weitere Zahlungen an Schlepper, wird damit erheblich erschwert. Ein weiterer zentraler Vorteil der Karte ist die Entlastung von Kommunen. Bisher müssen Asylbewerber Geldauszahlungen in der Regel persönlich abholen – für die Verwaltungen ein enormer Aufwand, der nun wegfallen soll.

Für die Praxis sind die Länder in der Pflicht, ein System zu entwickeln, das zwei zentralen Anforderungen entspricht. Erstens muss es sinnvoll und einfach sein – sowohl für die kommunalen Verwaltungen als auch für die Geflüchteten selbst. Es darf kein neues Bürokratie-Monster entstehen. Zweitens muss die Höhe der Leistungen, die die Länder selbst bestimmen können, angemessen und vor allem nach einem einheitlichen Standard festgelegt werden, möglichst bundesweit.



Überraschende Rollenverteilung in der Generaldebatte



Heiko Sakurai

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Weckruf mit Ernüchterungsgefahr

Auf Demos gegen Rechtsextremismus finden viele Menschen der Mitte auf einmal wieder ein Stück Heimat – Die AfD könnte mittelfristig aber trotzdem profitieren

Die Medienberichte zur Potsdamer Runde von Rechtsextremisten mit ihren völkischen „Remigrations“-Fantasien waren für viele Menschen eine Art Weckruf. Der Tabubruch macht deutlich, dass Demokratie und Menschenwürde in Deutschland gefährdet sind, und motiviert viele zum Handeln. Die tieferen Beweggründe der Demonstrierenden und die Auswirkungen der Demonstrationen auf Sympathisanten der AfD haben wir gerade in einer aktuellen „rheingold“-Studie auf Basis von psychologischen Explorationen und einer Online-Befragung mit mehr als 1000 Teilnehmenden untersucht.

Die Demonstrierenden beschreiben, wie sie durch Potsdam aus ihrer Lethargie und eher passiv-resignativen Stimmung gerissen wurden, die sie angesichts der multiplen Krisen in den letzten Monaten verspürt haben. Sie sehen jetzt wieder ein klares Ziel, für das sie persönlich etwas investieren wollen. Eine lange Zeit brachliegende Bewegungs-Energie wird nun kanalisiert und vermittelt das befreiende Gefühl wiedererlangter Handlungsmacht und Zusammengehörigkeit.

Voller Stolz blicken viele Teilnehmende auf das Erreichte, wenn sie in den Nachrichten die Bilder sehen

Ähnlich wie in der Energiekrise 2022 sehen viele jetzt die konkrete Chance, gemeinsam mit anderen etwas zur Krisenbewältigung beitragen zu können. Voller Stolz blicken viele Teilnehmende auf das Erreichte, wenn sie abends in den Nachrichten die Bilder einer Massenbewegung sehen, die sie mitgetragen haben.

Das gemeinsame Aufstehen für die Demokratie schafft ein lange vermisstes gesellschaftliches Wir-Gefühl – auch bei Menschen, die sich im Vorfeld der Demonstrationen politisch heimatlos gefühlt haben. Heimatlos, weil sie einerseits mit der Ampel fremdelten und sich andererseits nicht mit den lautstarken und politisch extremen Diskursen in den sozialen Medien verbunden fühlten. Auf den Demos finden sie jetzt eine temporäre politische Heimat. Sie fühlen sich dieser außerparlamentarischen Mitte zugehörig. Vor allem, wenn sie während der Kundgebungen mit unbekannten Gleichgesinnten ins Gespräch kommen.

Allerdings haben die Teilnehmenden auch Störgefühle, wenn sie bei den Demonstrationen mit radikalen Transparenten oder Parolen konfrontiert werden. Sie fühlen sich dann in ihrer moderaten demokratischen Grundhaltung nicht mehr re-

STEPHAN GRÜNEWALD ist Geschäftsführer des „rheingold“-Instituts in Köln. In seiner Kolumne schreibt er aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

präsentiert. Gleichzeitig werden so bereits bestehende Ängste vor einer weiteren Radikalisierung und Entzweiung der Gesellschaft geschürt. Und diese Ängste verstärken die Sehnsüchte vieler Wählerinnen und Wähler nach Einheit und Gemeinschaft, die wiederum von ultrarechten und völkisch gesinnten Parteien aufgegriffen und bedient werden können.

Die meisten Demonstrierenden und ihre Sympathisanten hoffen darauf, dass eine Art große und konstante Bürgerwelle entsteht – nicht nur gegen rechtsradikale Umrtriebe, sondern auch gegen alles, was in der Politik schiefläuft. Allerdings beschreiben vor allem diejenigen, die an den Demonstrationen teilgenommen haben, dass deren bestärkende und tröstliche Wirkung schnell wieder verpufft. Dann fühlen sie sich wieder in den alten Zwängen gefangen, unter den Alltagslasten leidend, auf sich allein zurückgeworfen, den Krisen ohnmächtig ausgeliefert.

Wenn die gerade entstandene Bürgerbewegung in den nächsten Wochen versanden sollte, wird sich eben dieses Gefühl noch verstärken: festzustecken und wirkungslos zu sein. Dann besteht auch die Gefahr, dass die momentane Bewegungs-Energie umkanalisiert wird und sich zunehmend gegen die Ampel richtet: „Wir haben der Regierung durch die Demos das Leben leichter gemacht, jetzt sind sie dran und müssen auch liefern.“

Die Auswirkungen der Demonstrationen auf die Haltung und das

Noch nicht gefestigte Wähler auf der Suche nach einer neuen Heimat können gerade ins Grübeln

Wahlverhalten der AfD-Sympathisantinnen und -Sympathisanten hängt vor allem davon ab, inwieweit sie in der Partei bereits ihre politische Heimat gefunden haben. Noch nicht gefestigte Wähler auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat für ihre sehr konservative beziehungsweise weit rechts angesiedelte Weltansicht kommen gerade ins Grübeln und überdenken ihr Ko-

kettieren mit der AfD. Den Bruch mit der demokratischen Mitte wollen sie nicht riskieren. Zudem realisieren sie, dass mit der AfD extrem rechte Positionen verbunden sind, die sie inhaltlich nicht teilen. Selbst wenn sie sich letztlich nicht völlig von der AfD abwenden, hoffen sie darauf, dass sich die radikalen Kräfte in der AfD nicht durchsetzen werden.

Protestwählerinnen und -wähler, die die AfD wählen wollen, um der Regierung einen Denkzettel zu erteilen, die sich selbst aber nicht für rechtsradikal halten, fühlen sich durch die Demonstrationen oft gekränkt. Durch die klare Stoßrichtung gegen die AfD sehen sie sich noch weiter an die Wand gedrängt und persönlich diskreditiert. Sie entwickeln dann oft gemeinsam mit anderen AfD-Sympathisanten oder -Wählern eine Art Wagenburg-Mentalität.

Überzeugte AfD-Wähler wiederum zweifeln eine durch die Demonstrationen ausgelöste Massenbewegung an. Die verstärkte Berichterstattung in den Medien ist für sie oft ein weiterer Beweis für deren „weitgehende Gleichschaltung“.

Überzeugte AfD-Wähler zweifeln eine durch die Demos ausgelöste Massenbewegung an

Die etablierten Parteien und hier vor allem die Grünen sind für viele dieser Wähler zum Feindbild geworden. Sie beklagen die Überheblichkeit der „Eliten“, die ihre Alltagsprobleme nicht sähen und eine mangelnde Wertschätzung ihrer Lebenswirklichkeit an den Tag legten: „Flüchtlinge und Umwelt sind denen da oben doch wichtiger als meine Belange.“

Insgesamt erwarten die Menschen von der Politik, dass sie die Wünsche nach sozialem Zusammenhalt und aktiver Mitgestaltung aufgreift. Die existierenden Probleme und das damit verbundene Gefühl der alltäglichen Ohnmacht sollen aufgegriffen werden. Krisen sollen nicht beschwichtigend kleingeredet, sondern der verspürte Ernst der Lage soll – ähnlich wie bei der Energie-Krise – klar benannt und mit konkreten Handlungsaufforderungen für alle verbunden werden. Es wird außerdem erwartet, dass die Ampel Einigkeit zeigt und eine Haltung produktiver Problemlösung vorlebt.

Sie soll aber auch Begegnungsräume eröffnen, die den Austausch und das Gespräch zwischen Andersdenkenden ermöglichen und somit der wachsenden gesellschaftlichen Entzweiung entgegenwirken.

KOMMENTAR

Frankreich fehlt

Regierungschefs fordern mehr Unterstützung für die Ukraine

MATTHIAS KOCH

Das Drama der Ukraine im Krieg gegen Russland wächst und wächst. In der „Financial Times“ erschien jetzt ein Appell der Regierungschefs Olaf Scholz (Deutschland), Mette Frederiksen (Dänemark), Petr Fiala (Tschechien), Kaja Kallas (Estland) und Mark Rutte (Niederlande). Darin fordern sie eine deutlich größere europäische Gemeinschaftsanstrengung zur Unterstützung der Ukraine. Kiew benötige dringend neue Munition sowie weitere Hauptketten, Panzer, Drohnen und Luftverteidigungssysteme.

Inhaltlich ist der Appell gut begründet. Eigentlich hatte sich die Europäische Union das Ziel gesetzt, die Ukraine bis Ende März 2024 mit einer Million Artilleriegeschossen zu versorgen. Dieses Ziel wird verfehlt. Fraglich ist aber, ob der Appell das Gute auch tatsächlich bewirken kann.

Das größte Manko beim Appell von Scholz und Co. liegt darin, dass die fünf Unterzeichnerstaaten eine kurze Liste besonders engagierter Kiew-Unterstützer kursieren lassen, auf der die neben Deutschland einflussreichste EU-Nation fehlt: Frankreich.

Frankreich bringt als Atommacht ein ganz eigenes Gewicht auf die Waage

Laut dem „Ukraine Support Tracker“ gewährte Frankreich der Ukraine bislang militärische Hilfen im Wert von nur 540 Millionen Euro. Zum Vergleich: Deutschland lieferte Waffen und Gerät für 17,1 Milliarden Euro.

Allerdings ist und bleibt Frankreich ein komplizierter Fall. Erstens hat Paris Kiew weitere Lieferungen in Aussicht gestellt. Zweitens bringt Frankreich als Atommacht ein ganz eigenes Gewicht auf die Waage. Der Bundeskanzler sollte seine Energie darauf konzentrieren, den zwar mühsamen, aber bewährten Weg zu gehen. Dazu gehört es, möglichst alle in der EU mitzunehmen, die großen Staaten und die kleinen, die im Süden und die im Norden. Aller Erfahrung nach gelingt das am besten, wenn Deutschland als erstes die Abstimmung mit Frankreich sucht.



KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f.
Christian DuMont Schütte, Isabelle Neven DuMont.
Chefredakteur: Christian Hümmeler (komm.).
Stellvertreter: Dr. Sarah Brasack, Martin Doweidelt.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Korrespondent: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel, Veit Ellerbrock (Head of Digital).
Landeskorespondent: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur).
Köln: Tim Attenberger; **Newsteam:** Kendra Stenzel;
NRW/Story: Hendrik Geisler, Maria Dohmen; **Wirtschaft:** Thorsten Breikopf; **Sport:** Christian Lör; **Kultur:** Anne Burgher; **Magazin:** Eva Fiedler, Jenny Meysner;
Chefreporter: Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg; **Art Director:** Nikolas Janitzki; **Produktion:** Florian Summerer.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Lit.), RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtengagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Christian Hümmeler.
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 26 vom 1. Januar 2024 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de